

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn  
Oberbürgermeister  
Marcel Philipp  
52058 Aachen

Eingang bei FB 01  
03. Juni 2020

#### Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

**CDU** 0241 / 432 -7211  
**SPD** 0241 / 432 -7215  
**Grüne** 0241 / 432 -7217  
**Linke** 0241 / 432 -7244  
**FDP** 0241 / 432 -7224  
**Piraten** 0241 / 432 -7266

Aachen, den 2. Juni 2020

#### Resolution

### Schaffung eines Bund-Länder-Rettungsschirms für die Kommunen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen im Rat der Stadt Aachen beantragen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt appelliert an die Regierungen von Bund und Ländern und unterstützt damit ausdrücklich die Initiative des Bundesfinanzministers, zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise einen Rettungsschirm für die Kommunen in Deutschland zu schaffen, der die Einnahmeverluste und Mehrkosten durch die Coronakrise ausgleicht sowie eine Lösung der Altschuldenproblematik beinhaltet.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in den Gremien, in denen er die Stadt vertritt, für die Entlastung der Kommunen durch ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern einzutreten.

#### Begründung

Die finanziell auskömmliche Ausstattung der Kommunen ist verfassungsgemäß Aufgabe der Länder. Gleichzeitig steht in der besonderen Situation aber auch der Bund in der Verantwortung. Bund und Länder müssen gemeinsam dafür sorgen, den Kommunen und insbesondere den finanzschwachen Städten und Gemeinden für die Bewältigung der Corona-Pandemie

und der damit verbundenen Kosten schnelle und zielgerichtete finanzielle Hilfen zur Verfügung zu stellen.

Schon seit langem haben viele Kommunen in Deutschland mit Altschulden zu kämpfen, die ihre Handlungsfreiheit massiv einschränken. Sie haben in absehbarer Zeit keine Chance, der durch die Altschulden entstehenden Schuldenfalle aus eigener Kraft zu entgehen.

Im Gegenteil wird die Corona-Krise durch massive Einnahmeausfälle auf der einen Seite und notwendige Ausgaben auf der anderen Seite die finanzielle Situation der Kommunen weiter verschlechtern.

Dabei muss die Investitionsfähigkeit der Kommunen erhalten und verbessert werden. Gerade die Kommunen sind ein wichtiger Impulsgeber für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Es hätte erhebliche Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit in Deutschland, wenn die Kommunen jetzt Aufgaben und Ausgaben zurückfahren müssten.

Deshalb muss der Bund gemeinsam mit den Ländern die dramatischen Einnahmeeinbrüche, insbesondere die Gewerbesteuer ausfälle der Kommunen ausgleichen um einer weiteren massiven Erhöhung der Kassenkredite entgegenzuwirken. Darüber hinaus ist eine Erstattung der zusätzlichen krisenbedingten Kosten der Unterkunft für Empfänger\*innen von ALG II und Grundsicherung von ca. 2,1 Mrd. Euro notwendig.



Harald Béal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



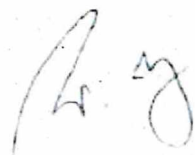
Melanie Seufert

Sprecherin Grüne-Fraktion



Leo Deumens

Vorsitzender Linke-Fraktion



Wilhelm Helg

Vorsitzender FDP-Fraktion

gez. Marc Teuku

Sprecher Piraten-Fraktion